

Nationalrat

16.3015

Interpellation Geissbühler

Unkontrollierte Bürokratisierung. Stellenwachstum bei den Generalsekretariaten und Info-Diensten

Wortlaut der Interpellation vom 29.02.2016

Zahlen des Bundesamtes für Statistik belegen, dass die öffentliche Verwaltung und staatsnahe Branchen in den letzten Jahren kontinuierlich und stark gewachsen sind - viel stärker als die Privatwirtschaft. Zwischen 2007 und 2012 soll die Zahl der Angestellten im öffentlichen Sektor monatlich um rund 300 zugenommen haben. Dies lässt vermuten, dass "das sogenannte Jobwunder der Schweiz in Tat und Wahrheit ein eigentliches Bürokratiewachstum war" und ist (NZZ). Besonders unkontrolliert scheint das Wachstum bei den Generalsekretariaten der sieben Departemente im Allgemeinen und bei den Info-Diensten im Speziellen zu sein. Klare Zahlen werden aber aus naheliegenden Gründen nicht kommuniziert.

Fragen:

1. Wie entwickelten sich die Stellenprozente in den sieben Generalsekretariaten und den diversen Info-Diensten der Departemente und der Bundesämter zwischen 2005 und 2015?
2. Wie wird diese Entwicklung begründet?
3. Was unternimmt der Bundesrat, um das Stellenwachstum spezifisch bei diesen Verwaltungsstellen innerhalb der Verwaltung (Generalsekretariate) und bei den Info-Diensten, die letztlich Propagandainstrumente der Bundesverwaltung sind, einzudämmen?

Ohne Begründung

Antwort des Bundesrates

zu den Fragen 1 und 2:

Die Anzahl Vollzeitstellen (FTE) entwickelten sich in den sieben Generalsekretariaten im Zeitraum zwischen 2005 und 2015 wie folgt:

Dep.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
EDA	56	56	61	57	95	109	114	125	126	148	173
EDI	76	77	62	60	60	63	65	68	72	72	79
EJPD	110	153	117	118	110	105	106	109	113	111	113
VBS	290	296	305	306	488	443	216	219	221	222	221
EFD	103	106	108	106	111	125	134	109	116	120	120
WBF	91	88	89	87	93	90	90	96	95	94	97
UVEK	105	101	99	74	75	76	82	64	69	76	77
Total	831	877	842	809	1'033	1'011	808	790	813	843	880

Generalsekretariate (GS):

Gesamthaft nahm der Anteil der Vollzeitstellen (FTE) im Betrachtungszeitraum um 49 FTE bzw. 6 Prozent zu. Das EDI, EJPD und WBF weisen relativ stabile Entwicklungen auf, während das EDA, EFD, UVEK und VBS grössere Abweichungen verzeichnen, die nachfolgend kurz erläutert werden.

Im EDA sind diverse Reorganisationen und Umstrukturierungen für das Wachstum verantwortlich. In den Jahren 2009 bis 2011 wurden Präsenz Schweiz sowie der Kommunikations- und Medienbereich, die Chancengleichheitsbeauftragten und das Interne Audit der DEZA in das GS EDA überführt. In den Jahren 2012 bis 2015 wechselten zudem das Kompetenzzentrum für Verträge und die Web-Dienste von der DEZA in das GS EDA. Es fand überdies ein Stellentransfer von der Direktion für Ressourcen zum GS EDA statt, und der historische Dienst wurde organisatorisch ebenfalls dem GS EDA zugeordnet. Schliesslich wuchs das GS EDA auch auf Grund projektbezogener Anstellungen für das neue Intranet EDA sowie wegen temporärer Verstärkung von Präsenz Schweiz im Jahr 2015 für die Expo in Milano.

Die Abnahme der rund 70 FTE im GS VBS seit 2005 ist ähnlich wie im GS EDA durch Stellenverschiebungen begründet. Hervorzuheben ist insbesondere die Integration des strategischen Nachrichtendienstes in den neuen Nachrichtendienst des Bundes ab dem 1. Januar 2011, der eine Verschiebung von 242 FTE zur Folge hatte. Im aktuellen Stellenbestand des GS VBS von rund 220 Einheiten entfallen rund 20 FTE auf das Oberauditorat, rund 30 FTE auf die Bibliothek am Guisanplatz, rund 10 FTE auf das Schadenzentrum VBS, rund 40 FTE auf die zentralen Übersetzungsdienste VBS, rund 10 FTE auf das Inspektorat und 10 FTE auf den Bereich Raum und Umwelt. Somit beträgt der Stellenbestand des GS VBS im engeren Sinne rund 100 Stellen.

Die Zunahme bei den Stellen im GS EFD ist durch die Übernahme neuer Aufgaben und die Zentralisierung bestehender Aufgaben begründet. Die markante Abnahme beim Stellenbestand von 2011 auf 2012 ist auf die Überführung des ISB in eine eigene Verwaltungseinheit zurückzuführen.

Der starke Rückgang des Stellenbestandes im GS UVEK hängt vorwiegend mit der Ausgliederung diverser ausserparlamentarischen Kommissionen zusammen (insbesondere der Regulierungsbehörden Infrastruktur). Die Steigerung ab dem Jahr 2013 ist auf den Ausbau der Departementsinformatik zurückzuführen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Betrachtungszeitraum der Anteil der GS gemessen am Gesamtstellenbestand der Bundesverwaltung durchschnittlich 2,7 Prozent beträgt. Demnach sind die GS im Vergleich zum Gesamtstellenbestand nicht überproportional gewachsen. Der Bundesrat ist daher der Auffassung, dass nicht von einem unkontrollierten Wachstum gesprochen werden kann.

Öffentlichkeitsarbeit:

Der Bundesrat versteht unter dem Begriff *Info-Dienste* diejenigen Stellen, die sich mit Öffentlichkeitsarbeit gemäss Band 3 zur Staatsrechnung befassen. Eine Erfassung dieser Stellen erfolgt erst seit 2007. Die Datenerfassung war in einzelnen Departementen in den ersten Jahren nach der Einführung noch lückenhaft. Dies gilt insbesondere für das VBS. Die Aufwände für die Öffentlichkeitsarbeit wurden dort erst 2010 eingehend evaluiert und systematisch erfasst. Die Entwicklung in den sieben Departementen zeigt folgendes Bild:

Dep.	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
EDA	19	19	15	17	20	20	25	29	29
EDI	33	31	36	35	35	37	38	41	43
EJPD	17	20	19	23	20	21	22	23	23
VBS	33	26	26	59	58	59	53	54	56
EFD	37	36	43	42	43	48	46	49	45
WBF	34	50	52	50	45	43	43	43	43
UVEK	30	34	34	35	38	38	38	38	40
Total	203	216	226	260	260	266	264	277	279

Generell lässt sich sagen, dass der Informationsbedarf der verschiedenen Akteure (Medien, Bürgerinnen und Bürger, usw.) im Verlauf der letzten Jahre zugenommen hat. Dazu haben auch neue Gesetze, wie die Einführung des Öffentlichkeitsgesetzes und Veränderungen in der Medienlandschaft beigetragen. Schliesslich haben die neuen Medien dazu beigetragen, dass allgemein kürzere Antwort- und Reaktionszeiten erwartet werden.

Obwohl der Stellenbestand eine steigende Tendenz aufweist, heisst dies nicht, dass alle Stellen neu geschaffen wurden. Verschiedene Stellen bestanden schon, wurden aber erst im Laufe der Zeit gemäss den Weisungen für die Öffentlichkeitsarbeit systematisch als solche erfasst. Ein Ausbau erfolgte i.d.R. in Verbindung mit exogenen Ereignissen (z. B. Finanzkrise, Vogelgrippe) und der Notwendigkeit, Anpassungen im Bereich der neuen Medien vorzunehmen.

zu Frage 3:

Für die Generalsekretariate und die Informations-Dienste gelten die gleichen Regeln bezüglich der Stellenbewirtschaftung wie für die übrigen Teile der Verwaltung. Sie sind von den vom Bundesrat eingeleiteten Massnahmen zur Umsetzung des Gegenvorschlages zur Motion Leo Müller (15.3224) und der Stellenplafonierung auf 35'000 Stellen ebenso betroffen wie die übrigen Verwaltungseinheiten.